

Fraktionserklärung zur Rechnung 2010

## **Kein Grund zur Euphorie**

**Die Rechnung 2010 der Stadt Zürich schliesst besser ab als budgetiert. Das ist zwar erfreulich, aber weder ein Grund zur Euphorie noch für Begehrlichkeiten.**

Angesichts der gewohnt vorsichtigen Budgetierung und einer aufgehellten Konjunktur darf es nicht überraschen, dass das Defizit der Stadt Zürich kleiner ausgefallen ist, als geplant. Alles andere wäre mehr als besorgniserregend gewesen.

Die Verbesserung kam dank höheren Steuererträgen und tieferen Abschreibungen zustande. Für die höheren Steuererträge waren in erster Linie die Erträge der juristischen Personen massgebend. Ein unternehmerfreundliches Umfeld ist deshalb auch künftig wichtig.

Der Personalaufwand steigt 2010 gegenüber dem Vorjahr um 2.7% (und das obwohl noch nicht einmal alle Mittel für Lohnmassnahmen ausgeschöpft worden sind), der Sachaufwand um ein gutes Prozent. Damit liegt das Ausgabenwachstum deutlich über der Teuerung im Jahre 2010 von rund 0.7% und dem städtischen Bevölkerungswachstum von 0.66%.

Mit anderen Worten: die Aufgaben und Ausgaben der Stadt nehmen immer noch laufend zu. Ob wirklich alle Aufgaben, welche Zürich heute wahrnimmt, zwingend städtische sind, bezweifelt die GLP.

Sicher erscheint den Grünliberalen jedoch, dass die städtischen Finanzen künftig sowohl auf der Aufwand- als auch auf der Ertragsseite herausgefordert bleiben. Auf der einen Seite kommen zusätzliche Belastungen auf die Stadt zu, wie beispielsweise die Pflegefinanzierung, auf der anderen Seite sind die städtischen Steuereinnahmen stark von einer Finanzindustrie abhängig, die überproportional auf Turbulenzen auf den Finanzmärkten reagiert. Wenn sich die dunklen Wolken, die sich gerade wieder einmal über diesen Märkten zusammen ziehen, zu einem Gewitter entladen, könnte Zürich im Regen stehen.

Vor diesem Hintergrund sind Begehrlichkeiten nicht opportun. Im Gegenteil ist es aus grünliberaler Sicht wichtig, das Eigenkapital zu schonen, den Eigenfinanzierungsgrad mindestens zu halten, weiterhin eine vorsichtige Finanzpolitik zu betreiben und künftig stärker zwischen «Nice to Have» und «Must Have» zu unterscheiden – auch damit genügend Mittel für wichtige Vorhaben, wie beispielsweise die 2000-Watt-Gesellschaft zur Verfügung stehen.

Zürich, 6. Juli 2011